



Briefe an die Redaktion

„Verständnis für die Heimbewohner fehlt“

In der Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich hierbei um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt die SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Anrecht auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zum Artikel „Pflegerische Angehörige sollen entlastet werden“ (September-Ausgabe, Seite 4) schreibt unser Mitglied Bärbel Skoluda (Burgdorf):

Mein Vater lebt seit drei Jahren im Pflegeheim (...), und ich bin dort seit zwei Jahren Mitglied im Heimbeirat. Ende letzten Jahres wurden die Heimkosten stark erhöht. Bei allem Verständnis für die höheren, angemessenen Lohnkosten kann aber nicht alles zulasten der Heimbewohner gehen. (...)

Ich habe mich im Arbeitskreis Pflege bei der SPD versucht zu engagieren, musste aber feststellen, dass gerade auf politischer Seite das Verständnis für die Heimbewohner fehlt.

Man will zwar die Kinder jetzt erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro in die Pflicht nehmen, aber der Staat selbst verleugnet seine Pflicht.

Der Eigenanteil der Heimbewohner setzt sich zusammen aus den Kosten für Pflege, Unterkunft und Verpflegung und Investition. Die Investitionskosten belaufen sich auf

teilweise mehr als 500 Euro, obwohl diese Kosten eigentlich die jeweiligen Bundesländer tragen müssten. Denn das war der politische Deal bei der Einführung der Pflegeversicherung: Die Länder werden bei der Sozialhilfe entlastet, dafür sorgen sie im Gegenzug für die Pflegeinfrastruktur.

Die Länder können leider dazu nicht gezwungen werden, aber es besteht unbedingt die politische Verantwortung. Die Länder wälzen jährlich vier Milliarden Euro an Investitionskosten einfach auf die pflegebedürftigen Heimbewohner ab. (...) Die Übernahme der Investitionskosten durch die Länder – wie es eigentlich richtig und ausgehandelt ist – würde sofort Entspannung für die finanzielle Belastung der Heimbewohner bringen, die zurzeit ihr Vermögen dafür hergeben müssen. (...)

Lothar Leppinius (Querhorst) begrüßt unser Titelthema aus der Juni-Ausgabe, „Elektroautos – die ‚leise Gefahr‘“:

(...) Ihr Bericht hat mich sehr

erfreut, ich schließe mich Ihrer Meinung an. Elektro-Roller auf dem Gehweg, Fahrräder werden auch schon aufgeteilt auf dem Bürgersteig. Was soll das denn? Es gibt in unserer Gesellschaft viele gebrechliche Menschen, sie werden immer mehr und müssen mit ihrem Rollator sich durchkämpfen und sind stark gefährdet. (...) Wo ist die Sicherheit für diesen Unsinn? Wo bleibt die Moral und Würde für die älteren Menschen? (...)

Viele bewegt das Thema Grundrente. Karl-Heinz Stein (Heide) hat zu Artikeln wie „Konzept für Grundrente steht“ (Juni-Ausgabe, Seite 6) oder „Frauenverbände gemeinsam für Grundrente“ (Juli/August, Seite 6) und zum Leserbrief von Herbert Seerau (September, Seite 15) eine andere Meinung:

Die Grundrente soll die Lebensleistung von Männern und Frauen anerkennen – einverstanden. Was spricht aber gegen eine „Bedürftigkeitsprüfung“? Eine Bedürftigkeitsprüfung verhindert doch nicht grund-



Foto: Halfpoint/Adobe Stock

Für Heimkosten sollen Angehörige künftig nur bei höheren Einkommen zahlen. Pflegebedürftige selbst bleiben stark belastet.

sätzlich den Erhalt der Grundrente. Diese Prüfung verhindert, dass jemand eine solche Rente bekommt, der über genügend andere Einkünfte verfügt; bössartig könnte man hier die Politikerpensionen anführen.

Bei der Witwen-/Witwerrente wird automatisch „gegengerechnet“ – was ist das anderes als eine „Bedürftigkeitsprüfung“? Wie ist es da denn mit der Lebensleistung des jeweiligen verstorbenen Partners? Bei diesen Renten wird die „Bedürftigkeit“ automatisch geprüft und meistens die „zusätzliche“ Rente zum

Teil dramatisch gekürzt. (...) Bei der „Grundrente“ soll dieses Prinzip nun plötzlich keine Anwendung mehr finden und jedes andere, auch noch so hohe Einkommen folgenlos bleiben? Warum sollen Steuergelder mit beiden Händen ausgegeben werden, eingezahlte Beiträge (über das gesamte Arbeitsleben!) dürfen aber gern zurückgehalten werden?

Die Einführung der Grundrente scheiterte bisher an der Bedürftigkeitsprüfung, sonst wäre sie längst da. Ein sehr vereinfachtes Verfahren (...) sollte doch wohl kein Problem sein.

Anzeige



„Ich mag's ofenfrisch. Sie auch?“

Menü SERVICE

Ihr Kennenlern-Angebot:

„3 x mittagsfrisch“
Jetzt bestellen!
Telefon:
0421-48441610

pro Menü
nur 5,49 €

Im Auftrag von

BREMER essen AUF RÄDERN






Menüservice apetito AG · Bonifatiusstr. 305 · 48432 Rheine

Ofenfrisch ins Haus

Leckere Menüs auf der Fahrt zu Ihnen frisch zubereitet. Auch für Diäten!